

Bosnien in Afrika

Nach dem Tod der Präsidenten droht ein neuer Bürgerkrieg zwischen verfeindeten Stämmen.

Afrikas erste Premierministerin gab einen dramatischen Bericht durch. „Überall wird geschossen. Die Menschen werden terrorisiert. Sie liegen in ihren Häusern auf dem Fußboden“, telefonierte Agathe Uwilingiyimana aus der Ruanda-Hauptstadt Kigali. Verzagt klagte die Regierungschefin dem Sender Radio France Internationale: „Nun erleiden wir die Folgen des Anschlags auf unser Staatsoberhaupt.“

Ruandas Präsident Juvenal Habyarimana, 56, war vergangenen Mittwoch mit seinem burundischen Amtskollegen Cyprien Ntaryamira, 39, ums Leben gekommen. Das Flugzeug mit den Staatsoberhäuptern zerbarst vor der Landung in Kigali. Wahrscheinlich hatte eine Rakete die Maschine getroffen.

Habyarimana und Ntaryamira kamen aus Tansania. Dessen Präsident Ali Hassan Mwinyi hatte sie mit den Staatsoberhäuptern von Uganda und Kenia zu einem regionalen Gipfeltreffen geladen. Dessen Ziel war es, „ein Bosnien vor unserer Haustür zu verhindern“ (Mwinyi).

Die blutige Dauerfehde, die sich die traditionell verfeindeten Stämme der

Hutu und der Tutsi in Ruanda und Burundi liefern, bedroht die Stabilität in ganz Ostafrika. Hunderttausende von Menschen sind aus den beiden Ländern nach Tansania, Uganda und Kenia geflohen – eine kaum erträgliche Belastung für die Nachbarstaaten.

In Kigali löste die Nachricht vom Tod der Staatsoberhäupter Unruhen aus, die schnell zu schrecklichen Massakern führten.

Ruanda (sieben Millionen Einwohner) und Burundi (sechs Millionen) gehören mit einem Pro-Kopf-Einkommen von unter 300 Dollar pro Jahr zu den ärmsten Ländern der Welt. Wirtschaftlichen Fortschritt verhindern die in beiden Ländern immer wieder ausbrechenden Stammeskämpfe.

Das einstige Hirtenvolk der großgewachsenen Tutsi hatte die kleinen, bäuerlichen Hutu trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit über Jahrhunderte beherrscht. Die belgische Kolonialmacht unterstützte sie darin.

Erst mit der Unabhängigkeit 1962 übernahm in Ruanda ein Hutu-Präsident die Macht. In Burundi dauerte es bis zu den ersten freien Wahlen im vergangenen Juni – dann endlich gelangte ein Repräsentant der Hutu-Bevölkerungsmehrheit an die Spitze des Staates.

In beiden Staaten stellen die Tutsi allenfalls 14 Prozent der Bevölkerung. In Burundi kommandieren sie dennoch Armee und Polizei. Im vergangenen Oktober versuchten Soldaten zu putzen und ermordeten Burundis gerade gewählten ersten Hutu-Präsidenten Melchior Ndadaye. Damals kamen in den Kämpfen über 100 000 Menschen um. Nachfolger Ntaryamira, vom Parlament ernannt und gleichfalls ein Hutu, starb nun beim Flugzeugabsturz.

Während es in Burundis Hauptstadt Bujumbura vorerst ruhig blieb, machte in Kigali die aus Hutu-Extremisten zusammengesetzte Garde des Präsidenten Habyarimana Jagd auf Tutsi und auf Hutu-Politiker, die für die Aussöhnung zwischen den beiden Stämmen eingetreten waren. Bis zum Freitag abend zählte das Rote Kreuz allein in einem



Krankenhaus von Kigali 400 Tote. Soldaten ermordeten die Premierministerin Uwilingiyimana wenige Stunden nach dem Gespräch mit dem Radiosender. Elf belgische Uno-Soldaten kamen ebenfalls ums Leben. Die Belgier stellen 450 Mann eines 2500 Soldaten starken Uno-Kontingents, das einen Waffenstillstand zwischen der Regierung und der Rebellenbewegung Ruandische Patriotische Front (RPF) überwachen sollte. Die vor allem aus Tutsi-Flüchtlingen bestehende RPF war 1990 von Uganda aus in Ruanda eingefallen und verwüstete in einem dreijährigen Guerillakrieg den Norden des Landes.

In die Kämpfe in Kigali griffen Ende vergangener Woche 600 RPF-Soldaten ein, die zum Schutz der Übergangsregierung in der Hauptstadt stationiert wurden. Weitere RPF-Truppen aus dem Hauptquartier Mulundi an der Grenze zu Uganda befanden sich auf dem Marsch in die Hauptstadt.

Damit zeichnete sich in Ruanda ein neuer Krieg ab. Die Tutsi sahen offenbar die Chance, ihre verlorene Vormachtstellung wiederzugewinnen, während die Hutu auf Rache für den Tod ihres Präsidenten sinnen. Die 20 000 RPF-Rebellen besitzen russische Katjuscha-Raketensysteme, die 35 000 Regierungssoldaten sind mit neuen Waffen, darunter auch gepanzerten Fahrzeugen, aus Ägypten und Südafrika ausgerüstet. Schon warnte die britische Hilfsorganisation Oxfam, daß 800 000 Menschen



Flüchtlingslager in Ruanda: „Tradition des sinnlosen Tötens“

vom Hungertod bedroht sein könnten. Ausländer versuchten, dem Unheil zu entkommen. Für 25 deutsche Entwicklungsexperten und deren Angehörige plante die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit einen Autokonvoi nach Burundi oder Zaire. Die Relaisstation der Deutschen Welle am Stadtrand von Kigali mußte wegen Stromausfalls ihre Arbeit einstellen.

Beim Treffen mit den Präsidenten von Ruanda und Burundi hatte Tansania-Staatschef Mwinyi „seine Brüder“ noch gefragt, „ob sie wirklich Frieden in ihren Ländern, oder den Haß und die Tradition des sinnlosen Tötens an ihre Nachfolger vererben wollen“.

Doch es scheint, als könnten weder die Uno-Friedenswächter noch eine von Belgien erwogene militärische Intervention Blutvergießen verhindern. □

Nahost

Pfad des Blutes

**Rückschläge im Friedensprozeß:
Eine Serie von Terroraktionen verzögert den Einzug von PLO-Polizisten in Gaza und Jericho.**

Um die Polizeistation in Gaza hatte Ahmed Schaaban jahrelang immer einen weiten Bogen gemacht – den verhaßten israelischen Besatzern, die sich dort verbarrikadiert hielten, wollte der Volksschullehrer „möglichst nicht in die Quere kommen“.

Anfang vergangener Woche jedoch drängelte er sich mit rund hundert weiteren Palästinensern vor der Wache, um „die Erfüllung eines langgehegten Wunsches“ (Schaaban) mitzerleben: den Abzug der israelischen Polizeiverwaltung aus dem 1967 im Sechstagekrieg eroberten Gewalt- und Elendsstreifen am Mittelmeer.

Unter dem Beifall der Schaulustigen räumten die Israelis ihre Stühle, Schreibtische und Spinde aus dem Revier, stellten sich sogar gutmütig für Erinnerungsfotos mit arabischen Jugendlichen in Positur. Wenig später trugen palästinensische Arbeiter neues Bürogerät in die frisch getünchte Betonbastion: Ein Vorauskommando der PLO bereitete Quartier für die eigenen Polizeieinheiten, die in Kürze einziehen sollten.

Die Hochstimmung über den Exodus aus Gaza ergriff auch Israelis, denen das 1967 eroberte Land längst zur Bürde geworden ist: „Wir werden sagen können,



Abzug von israelischem Militär aus Gaza: Hochstimmung über den Exodus

daß in dieser Woche der Countdown begann“, kommentierte die Tageszeitung *Maariv* die greifbaren Fortschritte im Friedensprozeß. Eine entscheidende Einschränkung schob das Blatt jedoch gleich nach: „Voraussetzung ist, daß kein spektakuläres Attentat die Tagesordnung wieder unterbricht.“

Der befürchtete Anschlag folgte zwei Tage später – nicht auf Siedler in den besetzten Gebieten, sondern gegen Zivilisten im israelischen Kernstaat.

In einer Kamikaze-Aktion sprengte sich ein Mitglied der islamistischen Widerstandsbewegung Hamas mit einem gestohlenen Personenwagen in die Luft. Zuvor hatte der Palästinenser das Fahrzeug, beladen mit über 150 Kilogramm Sprengstoff, Gasflaschen und Nägeln, neben einem vollbesetzten israelischen Bus gestoppt.

Die Explosion in der Einkaufsstraße von Afula, laut wie ein Überschallknall, tötete 7 Israelis: „Es sah aus wie auf einem Schlachtfeld“, berichtete ein Augenzeuge, „Kinder brannten wie Fackeln.“ 44 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Der Anschlag war der schlimmste Terrorakt gegen Israelis seit Jahren. Er kam, kaltblütig kalkuliert, zum Ende der 40tägigen Trauerzeit für die palästinensischen Opfer des Massakers von Hebron. Dort hatte der Siedler Baruch Goldstein bei seinem Amoklauf in der Ibrahim-Moschee mindestens 30 betende Palästinenser erschossen.

Die mörderische Eskalation – ein vorläufiger Sabotageakt des Friedensprozesses – traf die Schlüsselfiguren der israelisch-palästinensischen Aussöhnung zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt: PLO-Führer Jassir Arafat und Israels

Ministerpräsident Jizchak Rabin, seit dem historischen Handschlag am 13. September vorigen Jahres in Washington auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden, stehen ohnehin schwer unter Druck.

Denn der Friedensgipfel eröffnete keineswegs die von Rabin und Arafat beschworene „Ära der Harmonie und Koexistenz“. Das Ringen um Details des Grundlagenabkommens schuf unter Palästinensern wie Israelis Frustration und Enttäuschung; im Gazastreifen und in Westjordanland mehrten sich die Zusammenstöße. In den vergangenen sieben Monaten wurden mehr als drei Dutzend Israelis und über hundert Palästinenser durch Gewalttaten getötet.

Arafat, nach den Autonomievereinbarungen von vielen seiner Landsleute als Kapitulant geschmäht, ist seit dem Hebron-Massaker umstritten wie nie. Wohl aus Rücksicht auf die Aussöhnungsgegner in den eigenen Reihen mochte der Palästinenserchef, trotz eindringlicher Bitten aus Washington, den Anschlag von Afula nicht verurteilen – und brachte so seinen jüdischen Friedenspartner in die Klemme; Rabin hatte nach der Bluttat von Hebron den schießwütigen Goldstein immerhin als „Schande für Zionismus und Judentum“ bezeichnet.

Plötzlich stand der friedensbereite Staatsmann Arafat in israelischen Augen wieder als der alte Taktierer da – verschlagen, zwiespältig, unverlässlich. Selbst Kabinettskollegen aus Rabins eigener Arbeitspartei forderten eine Unterbrechung der Autonomieverhandlungen in Kairo.

Zusätzlicher Schlag für Rabin: Dem Premier, der zugleich Verteidigungs-